

Die Halle Saale Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen

Jahrgang 224

Nr. 155 a

Table with subscription rates and publication details. Includes 'Halle-Saale', 'Dienstags, 5. Juli 1927', and 'Eigene Berliner Druckerei'.

Poincaré oder Lardieu?

Der kommende Mann Frankreichs (Eigener Drahtbericht)

Der Minister für öffentliche Arbeiten, André Lardieu, hat vor seiner Abreise nach Paris eine Rede gehalten, die nicht nur in der französischen Öffentlichkeit viel Staub aufgewirbelt hat, sondern auch geeignet ist, über die Grenzen Frankreichs hinaus allgemeine Aufmerksamkeit zu erregen.

Zunächst gilt Lardieu nach heute in zahlreichen Kreisen Frankreichs als einer der besten politischen Köpfe des Landes, der als erster betonen ließ, wie die Republik Poincarés zu überwinden, vielmehr als Lardieu, der der gemäßigten Richtung der republikanischen Linken anzuheben, als der kommende Mann Frankreichs bezeichnet.

Da gerade im Augenblick die Gegenläufe innerhalb des Kabinetts der nationalen Kongregation immer mehr und immer freier in Erscheinung treten, hat Lardieu sich nach einer freisinnigen Partei, die er geltend an seine Wählerliste gerichtet hat, naturgemäß sehr großer Beliebtheit gefunden. Es ist bemerkenswert, daß bei dieser Gelegenheit besonders unterstrichen wird, die gemäßigten Republikaner des Zentrums, zu denen Lardieu gehört, besitzen nicht gerade einen Überfluß an Wählern und Parlamentariern vom Namen eines Lardieu, und es übertrifft, was politische Phantasie und Gestaltungsgeist wie Macht des Ausdrucks anbelangt, selbst den Ministerpräsidenten.

Lardieu's Rede kann als Beginn der Wählkampagne gelten, die bekanntlich im Mai nächsten Jahres die Neuwahlen zur Deputiertenkammer stattfinden.

Es ist augenscheinlich, daß Lardieu die näheren Umstände, die zur Bildung des gegenwärtigen Kabinetts der nationalen Kongregation geführt haben, sowie auch das fortgesetzte Bestehen der unvollständigen Gegenläufe innerhalb dieses Kabinetts im Auge gefaßt hat, als er verkündete, daß die Übernahme der Macht durch die gegenwärtig bestehenden zwei großen Parteienverbindungen, den nationalen Block und das Kartell, Frankreich wenig Gutes gebracht habe. Beide gelten nämlich veraltet, Lardieu nennt die Realisation dieser Parteien veraltet und sagt, trotz der Bildung der nationalen Kongregationsregierung seien sie unfähig, sich auf die Dauer auf ein gemeinsames Programm zu einigen. Er will deshalb eine neue große Partei, die Partei der Mitte, schaffen, die als Ausgleich zwischen rechts und links gedenkt. Die Parole Lardieu ist außerordentlich geschickt, seine Rede hat aber noch keinen rechtlichen Gehalt. Die gemäßigten Republikaner legen sich dem nach die Frage vor, aus welchen Anhängern der gegenwärtig bestehenden Parteien die von Lardieu projektierte neue Partei sich rekrutieren würde. Dazu ist zunächst zu sagen, daß Lardieu's Plan natürlich nicht von heute auf morgen verwirklicht werden wird, daß es sich vielmehr in erster Linie um die Zukunft, vielmehr aber schon um die nähere Zukunft handelt. Bezeichnend ist, wie ein Zeitgenosse in 'Le Soir', Lardieu's Rede kommentiert. Das Blatt sagt, es sei eigenartig, daß man sonst das Kartell als auch der nationale Block von Lardieu gleichgültig verurteilt worden seien, daß die Parteien des nationalen Blocks Lardieu aber gegungsmäßig hätten, während die Kartellparteien sich sehr Mühe, wenn nicht sogar feindselig verhalten hätten. Der Grund dafür erblickt das Blatt darin, daß die Ideen Lardieu's sich eben doch mit denen des nationalen Blocks decken.

Mit diesen Ausführungen des Blattes scheint der Sinn der Lardieu'schen Rede immerhin aber noch nicht erschöpft zu sein. Es ist bekannt, daß der rechte Flügel des ehemaligen Kartells, die so-called radikal-republikanische Partei, in sich gespalten ist und daß die Einheit der Parteien vor der Bildung des Kabinetts Poincaré nur mit Mühe aufrecht erhalten werden konnte. Es ist augenscheinlich, daß die Worte Lardieu's sich in erster Linie an die rechtsextremsten Elemente innerhalb dieser Partei richten. Der Abmarsch eines Teiles der Mitglieder dieser Partei in das Lager Lardieu's großes Zukunft in der kommenden unvollständigen Kongregation in eine sehr schwierige Situation bringen. Lardieu's große Zukunft in der kommenden unvollständigen Kongregation Frankreichs wäre im Falle eines Gelingens seiner Pläne nach einem Abtritt Poincarés, von dem immer wieder gesprochen wird, gefährdet.

Die Armeedevorlage vor der französischen Kammer (Eigener Drahtbericht)

In der Kammer begann gestern die Aussprache über das Gesetz über die Restrukturierung der Armeen. An der allgemeinen Aussprache nahen Sozialisten und Kommunisten scharfe Kritik an der Vorlage. Kriegsminister Voisin's Heile demgegenüber nur sehr, man verzeihe, daß Frankreich ein Kolonialreich zu betreiben habe. Der Reichserbhatter erklärte, die militärische Lage in Deutschland und Italien bedeute für Frankreich gegenwärtig einen großen Gefahr, dies sei auch die Auffassung des Reichspräsidenten.

Die Verminderung der Dienstzeit müsse daher als durchführbar angesehen werden. Mit Rücksicht auf den Grenzschutz habe man die Dienstzeit auf ein Jahr festgelegt. Die Einberufung der Reservisten dürfe nicht von der Reservist des Kriegsministeriums abhängen, sondern müsse vom Parlament bestätigt werden. In der Zeit von 1935 bis 1940, um die Zahl der Effektivebestände sehr gering sein werde, müsse man auf die Isomonatige oder zweimonatige Dienstzeit zurückgreifen.

Heute nachmittag fand sich eine Reihe von kommunistischen Abgeordneten, darunter ein Führer der kommunistischen Kamerargruppe, Cadoin, im Justizministerium ein, um ihre Befreiung zu beantragen. Der gleichzeitige mit Drouot befreite kommunistische Senator, dessen sechstägige Gewahrsam freigeblieben war und der sich mit dem plötzlichen Tode seiner Schwiegermutter entschuldigte, war jedoch nicht erschienen. Inzwischen beriet die Kammer über einen sozialistischen Antrag, der die Freilassung Cadoin's bis zum 14. Juli, dem Schluß der diesjährigen Kammerferien, wörtlich: 'Wörtlich' verhandelt die anwesenden Regierungsbekannt, den Justizminister Karhou herbeizuschaffen, damit er sich einem Befehl der Kammer zur Befreiung Cadoin's widersetze. Als schließlich Karhou eintraf, hatte die Kammer bereits Cadoin's Befreiung beschlossen. Karhou wird also gegen seinen Willen heute abend Cadoin nach Hause freizulassen. In Freiheit setzen müssen.

Neuer französisch-italienischer Grenz-zwischenfall (Telegraphische Meldung)

Im französisch-italienischen Grenzgebiet auf dem Plateau von Mont Genis ereignete sich ein neuer Zwischenfall. Ein italienischer Grenzschutztrupp wurde von zwei Arbeitern, die sich auf französischem Boden 200 Meter von der Grenze entfernt befanden, drei Gewehrkugeln ab. Wie weiter bekannt wird, wurde vor einigen Tagen dem Arbeitsort des Verletzten der Weg über die Grenze mit vorgehaltenem Revolver versperrt.

Im Zusammenhang mit der Forderung französischer Eigentums auf dem Plateau von Mont Genis wurde der französische Gesandter in Rom den Auftrag, die der italienischen Regierung vorzulegen zu werden und sie zu erziehen, die Angelegenheit im Geiste des Ankettenbündnisses von 1861 zu regeln.



„Somme Libre“ zur Anschließfrage (Telegraphische Meldung)

Der sozialistische „Somme Libre“ erklärt heute, daß man in Frankreich wohl auf die Dauer die der österreichischen Anschlußbewegung nicht werde widerstehen können, wenn sich die Heine Entente nicht zu den nötigen wirtschaftlichen Maßnahmen bequeme, die Wien und seinem Hinterlande die Möglichkeit zum Leben gebe und damit den Anhängern der Anschlußpolitik ihr bestes Argument nehme. Die Finanzen der Republik seien wohlgeordnet, aber die Wirtschaft liege darnieder. Die gegenwärtig zwischen Oesterreich und den Nachbarstaaten abgeschlossenen Verträge genügen nicht, um die Wirtschaft wieder aufzurichten. Es müsse zum intellektuellen und künstlerischen Kreuzungspunkt Mitteleuropas im nahen Orient und Balkan werden. Daher unterstütze auch die österreichische Regierung die Unterzeichnung der verschiedenen internationalen Verträgen in Wien. Damit aber dieses Ziel erreicht werden könne, müsse ein geschlossener Wirtschaftskreislauf entstehen, für dessen Schaffung bisher weder Prag noch Warschau noch Weidrad die Initiative zu ergreifen verstanden hätten.

König Fuad's Empfang in London (Eigener Drahtbericht)

König Fuad von Syrien ist heute auf dem Viktorienhof in London eingetroffen. Der Prince of Wales war ihm bei Dover entgegengefahren, um König Fuad, von Galata kommend, kurz nach mittag entgegen. Auf der Weise von der französischen nach der englischen Küste war der Dampfer von vier britischen und fünf französischen Eskortiert worden. Die Begrüßung in London war ganz dem höchsten Empfangs-Donnerstag in London ähnlich. Auf dem Viktorienhof hatten sich der König in ägyptischer Uniform, eine große Anzahl Mitglieder der königlichen Familie, Baldwin und Chamberlain mit einem Teil der Mitglieder des Kabinetts, die Führer der verschiedenen Parlamentarierparteien und eine große Reihe berühmter höherer Würdenträger und Diplomaten eingefunden. Der Tag ist natürlich um 8 Uhr ein. Der König begrüßte seinen Gast in herablassender Weise. Von der vor dem Viktorienhof versammelten Menge wurde König Fuad ein herzlicher Empfang bereitet und dann von einer Eskorte in feierlicher Prozession zum Buckingham-Palast geleitet. Der äußere Verlauf der Empfangszeremonie unterschied sich von dem höchsten Empfang des französischen Staatspräsidenten nur insofern, als Donnerstag und Freitag mit ihrem Gefolge die Begrüßungsworte der Menge mit Säbeln erwiderten, während König Fuad und sein Gefolge sich in ihrer steifen Haltung durch die Begrüßungsworte der Menge nicht beugen ließen. In der Begrüßung des ägyptischen Königs befindet sich auch eine Verbeugung von 28 reichenden Mitgliedern, eine Tradition, die sich durch die verschiedenen ägyptischen Dynastien bis seit Vorkolonialzeiten im Nil-tale herkömmlich erhielt. 200 ägyptische Studenten brachten ihrem König begrüßte Huldigungen. Im Laufe des Abends besuchte König Fuad das Kriegsdenkmal und das Denkmal des unbekannt gewordenen Soldaten. Anschließend besah sich der ägyptische Herrscher sein Schloss in Kensington.

Englische Dominions gegen eine deutsche Vertretung in der Mandats-Kommission (Telegraphische Meldung)

Wie der diplomatische Korrespondent des 'Daily Telegraph' berichtet, wird der Vorschlag bezüglich einer deutschen Vertretung in der Mandatskommission des Völkerbundes von einigen englischen Dominions ablehnend beurteilt. Von gewissen Dominions ist dieser Vorschlag bereits auf der letzten Session des Völkerbundes tatsächlich zurückgewiesen worden. Es ist möglich, daß eine oder zwei Dominionregierungen sich dem Vorschlag durch ihre Delegierten in Genf offen widersetzen würden.

Englische Dominions gegen eine deutsche Vertretung in der Mandats-Kommission (Telegraphische Meldung)

Entgegen der Meldung über einen Beschluß der Mittelmächte über die Einsetzung von Militärattachés nach London berichtet der diplomatische Korrespondent des 'Daily Telegraph', daß die englische Regierung beschloffen hat, die Regierung der Mittelmächte für ihre Vorschläge in London aufzufordern. Die englische Regierung sei der Auffassung, daß diese Maßnahme die einzig mögliche Regelung sei, um so mehr, als britische Militärattachés für ihre Vorkämpfer in London aufzuführen. Die englische Regierung habe niemals die französische Vorgehensweise angenommen, wonach der Versailles Vertrag Deutschland die Einsetzung von Militärattachés ins Ausland verbiete. Daher habe London auch gelegentlich des fernöstlich-asiatischen Grenzkonfliktes vorgeschlagen, daß ein deutscher Offizier an der Untersuchungskommission beteiligt werden sollte.

Errichtung einer deutschen akademischen Auslandsstelle (Telegraphische Meldung)

Auf Anregung des Verbandes der deutschen Hochschulen ist für kurze Zeit eine dafür in der technischen Hochschule Darmstadt abgehaltenen Sitzung eine, alle deutschen Hochschulen umfassende Arbeitsgemeinschaft für Auslandsfragen, besonders für die Fragen des Auslandsstudiums der deutschen Hochschulen, geschaffen worden. An der Arbeitsgemeinschaft nahmen neben dem Verband der deutschen Hochschulen teil die zuständigen Reichsministerien, die Unterrichtsministerien aller Hochschulländer. Es wurde ein Arbeitsausschuß gewählt, dem Professor Dr. D. Scheel, Kiel vom Vorstand des Verbandes der deutschen Hochschulen und Professor Dr. Schütz, Darmstadt, ferner Ministerialdirektor Professor Dr. Richter, Berlin, preussischer Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, sowie Professor Dr. Schärer, Halle, als Vorsitzende der Deutschen Studentenrat, angehören.













